Bundesverband der Deutschen Industrie

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!

Jetzt spenden!

Der **Bundesverband der Deutschen Industrie** ist der Spitzenverband der deutschen Industrieunternehmen, der Verband der Industrieverbände. Mit den zahlreichen Unternehmen im Hintergrund und einer großen Nähe zu den Entscheidern in der Bundesrepublik übt er großen Einfluß auf die deutsche Politik aus. 2021 lagen die Erträge des BDI bei 27,3 Mio. Euro, wovon 26,6 Mio. Euro auf Beitragseinnahmen entfielen.[1] Der BDI wird außerdem vom Förderkreis der Deutschen Industrie e.V. finanziell unterstützt, der im Präsidium des BDI vertreten ist. Im Geschäftsjahr 2025 wies der BDI Ausgaben für Lobbyaktivitäten in Höhe von ca. 9.5 Mio Euro aus. Der Verband zählt damit zu den finanziell stärksten Lobbyakteuren in Deutschland.[2]

BDI - Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Interessenvertretung der deutschen Gesamtindustrie
Gründungsdatum	19. Oktober 1949
Hauptsitz	Haus der Deutschen Wirtschaft, Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	BDI/BDA The German Business Representation, Rue du Commerce 31, 1000 Brüssel
Webadresse	bdi.eu

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss 2
1.1 Allgemeines 2
1.2 Förderkreis der Deutschen Industrie 2
1.3 Die Industrie-Förderung Gesellschaft mbH 3
1.4 Ausgewählte Mitgliedschaften 4
1.5 Public Private Partnership (PPP) 5
2 Fallstudien und Kritik 5
2.1 2022-25 Lobbytätigkeit zum geplanten Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG) 5
2.2 2022-23 Ablehnung des Entflechtungsinstruments zur Bekämpfung von Monopolmacht 7
2.3 2020-: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten 7
2.4 2020: Corona-Pandemie als Vorwand 9
2.5 2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer 10
2.6 2015: Falsche Darstellung von TTIP-Studien 10
2.7 2011: BDI erhält Steuergelder 10
2.8 2011: Das Atommoratorium, Brüderle und Schnappauf 10

2.9 2006: Röttgen als Abgeordneter und BDI-Cheflobbyist 10
2.10 Lobbyisten in Ministerien 11
2.11 Bundesbeamte beim BDI 12
2.12 Seitenwechsel 12
3 Organisationsstruktur und Personal 13
3.1 Das Präsidium 13
3.2 Der Vorstand 13
3.3 Die Hauptgeschäftsführung 13
3.4 Mitgliedsverbände 14
3.5 Landesvertretungen 14
4 Geschichte 14
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus 15
6 Einzelnachweise 15

Lobbystrategien und Einfluss

Allgemeines

In seiner Selbstdarstellung heißt es: "Der BDI transportiert die Interessen der deutschen Industrie an die politisch Verantwortlichen. Er repräsentiert die politischen Interessen von über 100 000 Unternehmen mit gut acht Millionen Beschäftigten gegenüber Politik und Öffentlichkeit."[3]

Der BDI gilt als wichtigste Lobbyvertretung der Branchen, wenn es um zentrale wirtschafts- und steuerpolitische Entscheidungen geht. Aufgrund der Vielschichtigkeit der in ihm organisierten Branchen äußert sich der BDI häufig nur zu allgemeinen Punkten der Wirtschaftspolitik. Große Unternehmen versuchen ihn gleichzeitig in eigener Sache zu beeinflussen und ihn als Lobbyisten voranzuschicken.[4]

Ludolf von Wartenberg, früherer BDI-Hauptgeschäftsführer :

> *"Sobald uns unsere Leute warnen und wir merken, dass etwas Größeres entsteht, informieren wir die Mitspieler in den Unternehmen. Wir formulieren in Abstimmung mit den Unternehmen die Auswirkungen für die Wirtschaft und setzen uns mit den Spitzen der Koalition oder dem federführenden Minister in Verbindung. Manchmal kann man auf diesem Weg ganz elegant eine Rakete entschärfen. Dieser ganze Prozess findet noch außerhalb der Öffentlichkeit statt - das wäre dann erst der nächste Schritt."*

Gespräch mit Ludolf von Wartenberg am 14.01.2005, zitiert in: [5]

Förderkreis der Deutschen Industrie

Da beim BDI keine Direktmitgliedschaften möglich sind, wird der BDI vom Förderkreis der Deutschen Industrie e.V. unterstützt. Er ermöglicht die unmittelbare Einbindung von Unternehmer:innen in die Verbandsstruktur. Im Jahr 1974 gegründet, zählt der Verein heute 80 Untenehmen zu seinen Mitgliedern.[6] Der Verein fördert den Dialog mit Politikern und wendet sich aktiv sowohl an neu gewählte Abgeordnete als auch an die Vertreter von Regierung und Opposition. Mit seinen Mitteln unterstützt der Förderkreis darüber

hinaus die wissenschaftliche Arbeit wirtschaftsnaher Einrichtungen, wie z.B. das Institut der deutschen Wirtschaft (IW), das Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb (FIW) sowie die Baden-Badener Unternehmergespräche (BBUG). Der Vorsitzende des Förderkreises ist kraft Amtes Präsidiumsmitglied des BDI. Vorsitzender des Förderkreises ist laut Eintrag im Vereinsregister des Amtsgerichts Charlottenburg Markus Krebber, Vorstandsvorsitzender der RWE (Stand: 11.08.2026). Geschäftsführer ist Thomas Veit, Abteilungsleiter Finanzen, Mitglieder und zentrale Dienste beim BDI.[7]

Der Förderkreis, dessen Zweck laut Satzung die nachhaltige Förderung der gesamtindustriellen Belange ist, hat sich nicht ins Lobbyregister eingetragen. In einem Brief an die Mitglieder des Förderkreises fordert dessen Geschäftsführer die Mitglieder auf, ihre Beiträge explizit nicht als Aufwendung im Sinne des Lobbyregistergesetzes abzurechnen.[8] LobbyControl geht dagegen von einer Eintragungs-Pflicht ins Lobbyregister aus.[9]

Auf seiner Website bewirbt der Förderkreis der Deutschen Industrie die zahlreichen Vorteile einer Vereinsmitgliedschaft. Dazu gehören Programme, um ,,junge Führungskräfte“ im Bereich der ,, wirtschaftspolitischen Interessenvertretung“ auszubilden, sowie Seminare zur Stärkung persönlicher, sozialer und methodischer Kompetenzen. Im BDI-Fortbildungsprogramm wird insbesondere auf die Seminare ,,Brüssel-Coaching“ und ,,Interessenvertretung im politischen Berlin“ hingewiesen. Teilnehmende erhalten darin einen ,,komprimierten Überblick“ über den europäischen bzw. nationalen Gesetzgebungs- und Lobbyingprozess. Ganz offen wirbt der Förderkreis der Industrie mit dem ,,einzigartige[n] Netzwerk“ des BDI. Dessen ,,privilegierte Kontakte“ in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft würden Zugang zu relevanten Entscheidungsträger:innen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene ermöglichen. Hierfür werden regelmäßige ,,Networking Events“ organisiert, die dazu geeignet seien, bestehende Kontakte zu pflegen und neue zu knüpfen. Mitgliedern des Förderkreis werde zudem die Möglichkeit eröffnet, regelmäßig an Delegationsreisen mit hochrangigen Vertreter:innen aus Politik und Wirtschaft teilzunehmen.[10]

Die Industrie-Förderung Gesellschaft mbH

Nach eigenen Angaben ist die Industrie-Förderung Gesellschaft mbH (IFG) eine 100% Tochter- und Servicegesellschaft des BDI. Sie ist zuständig für die Verwaltung und Verwendung von Mitteln, die der Gesellschaft aus Industriekreisen zufließen. Die IFG ,,unterstützt, fördert und organisiert“ Projekte, Veranstaltungen und Fachtagungen des BDI. Dazu gehören auch internationale Wirtschaftstreffen im In- und Ausland.

Auf ihrer Website erklärt die IFG, dass sie zudem Ansprechpartnerin für Sponsorings und Kooperationen mit ,, Partnern“ sei. Sowohl Unternehmen als auch andere Organisationen hätten die Möglichkeit, BDI-Projekte zu fördern - z.B. Publikationen, Fachveranstaltungen, Initiativen.Des Weiteren bestehen Möglichkeien für ,, Online-Kooperationen“. Demnach verfügt der BDI über eine Reihe von Webpräsenzen, die teilweise permanent oder temporär im Rahmen von Veranstaltungen oder Kampagnen geschaltet werden. In diesem Zusammenhang seien Gemeinschaftsprojekte, wie gemeinsame Portale, gemeinsame Microsites oder Kooperationen möglich.[11]

Lobbyarbeit der IFG:

Die IFG besitzt einen eigenständigen Eintrag im Lobbyregister des Deutschen Bundestags. Im Bereich der Lobbyarbeit wendet sie Mittel in Höhe von 3.48 – 3,49 Millionen Euro auf. Hauptverantwortliche sind die Geschäftsführer der IFG, Thomas Veit und Niels Lau. Lau ist gleichzeitig Bereichsleiter im Justitiariat des BDI und Geschäftsführer des Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb e.V. (FIW).[12][13] Laut eigener Satzung verfolgt das FIW das Ziel der Förderung von Wissenschaft und Forschung auf den Gebieten der Wirtschaftsverfassung, der Wettbewerbsordnung und des Wettbewerbsrechts.[14] Stellvertretende Vorstandsvorsitzende des Vereins ist Tanja Gönner, die aktuelle Hauptgeschäftsführerin des BDI.

Im Lobbyregister erklärt die IFG, dass ihre Interessenvertretung ausschließlich in eigenem Interesse wahrgenommen werde.[15] Ähnlich wie der Förderkreis der Industrie kann die Gesellschaft Mittel für Projekte verwenden, die ihr direkt aus ,,Industriekreisen“ zufließen. Über direkte finanzielle Zuwendungen an die IFG können Unternehmen ihre Interessen direkt in spezifische Projekte, z.B. in der politischen Interessenvertretung, umsetzen.[16]

Bei konkreten Regelungsvorhaben ist bei der IFG nahezu keinerlei Abgrenzung vom ‚Mutterverband’ BDI festzustellen. Von den sieben dokumentierten Regelungsvorhaben im Lobbyregister, sind sechs Stellungnahmen direkte Übernahmen von Positionspapieren des BDI, mit entsprechender Kennzeichnung und z.T. Personal aus den Reihen des BDI. Die Stellungnahmen des BDI zu den einzelnen Gesetzen sind im Lobbyregister sowohl unter den Regelungsvorhaben der IFG, als auch des BDI zu finden.[17]

Ausgewählte Mitgliedschaften

Der BDI ist u. a. Mitglied der folgenden Organisationen:

- Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen. Diese bringt Wirtschaftsverbände, Unternehmen und einzelne Personen mit Abgeordneten - insbesondere Mitglieder von Bundestagsausschüssen - zusammen und ermöglicht damit die informelle Einflussnahme auf die Gesetzgebung. Der Stellv. Vorsitzende der Lobbyorganisation, Ludolf von Wartenberg, war Hauptgeschäftsführer des BDI.
- Institut Finanzen und Steuern (IFST). Monika Wünnemann, Abteilungsleiterin „Steuern und Finanzpolitik“, ist Mitglied des IFST-Vorstands, der ehem. Hauptgeschäftsführer Ludolf von Wartenbergs ist Vorsitzender des IFST-Kuratoriums
- Wirtschafts- und steuerrechtliche Vereinigung
- Gesellschaft zur Förderung des Energiewirtschaftliches Institut (EWI)
- Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft
- Wirtschaftspolitischer Club Deutschland
- Forum Zukunftsenergien
- Deutsche Gesellschaft für Gesetzgebung
- Deutsches Aktieninstitut
- Bündnis "Zukunft der Industrie"
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
- Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München
- Gesellschaft zur Förderung des Energiewirtschaftliches Institut (EWI)
- Förderverein des Instituts für das Recht der Wasser- und Entsorgungswirtschaft an der Universität Bonn
- Forum Luft- und Raumfahrt
- Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
- Pro Mobilität

- Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft
- Stifterverband

Public Private Partnership (PPP)

Der BDI hatte einen Vertreter, Hauptgeschäftsführer Markus Kerber, in der sog. Expertenkommission zur Stärkung von Investitionen in Deutschland. Diese Expertenkommission bestand 2014-2015 und hat den Zweck private Investionen in die öffentliche Infrastruktur (Public Private Partnership (PPP)) zu fördern.

Mit Blick auf den mehrjährigen Finanzrahmen der EU, forderte der BDI in Positionspapieren aus den Jahren 2024 und 2025, die Stärkung der industriellen Forschung durch ,,massive langfristige Investitionen“. PPP’s sollten dazu beibehalten und entbürokratisiert werden. Diese hätten sich als ,,Motoren für den Innovationstransfer“ bewährt. Die Kooperationen müssten deswegen sowohl ,,agiler“ als auch ,, industrienäher“ ausgestaltet werden. Um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können müsse die gesamte ,,Entwicklungskette“ bis hin zur Marktreife miteinbezogen werden.[18][19]

Fallstudien und Kritik

2022-25 Lobbytätigkeit zum geplanten Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG)

Im Koalitionsvertrag beschloss die Ampelregierung, ein Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG) erarbeiten zu wollen. Ziel des REKGs war es laut Wirtschaftsministerium (BMWK), die „restriktive Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung erstmals ausdrücklich gesetzlich“ festzuschreiben und verschiedene existierende Regeln und Richtlinien zu vereinheitlichen[20]. Das Gesetz sollte auch Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit mehr Gewicht verleihen, sowie die europäische Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich stärken.

Am 14.10.2022 veröffentlichte das BMWK ein Eckpunktepapier für das REKG. Wesentliche Regelungsvorschläge waren:

- Schaffen eines verbindlichen Kriterienkatalogs für Rüstungsexportentscheidungen
- Erweiterung des Menschenrechtskriteriums
- Stärkung der Zusammenarbeit mit europäischen Partnerländern
- Ausweitung der Überwachung des Endverbleibs exportierter Rüstungsgüter durch Post-Shipment-Kontrollen und Einrichtung einer zugehörigen Meldestelle im Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)
- Umstellung der bisherigen zweifachen Genehmigungserfordernis bei der Ausfuhr von Kriegswaffen nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz und dem Außenwirtschaftsgesetz auf ein Verfahren
- Erhöhte Transparenz, z.B. durch die Einführung einer recherchierbaren Datenbank
- Bekämpfung von Korruption
- Beschleunigte Verfahren durch mehr Personal und Sachmittel für das BAFA

Während der Ausarbeitung des REKGs im Wirtschaftsministerium fanden mehrere Konsultationen mit Vertreter*innen der Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft statt[21]. Basierend auf den Stellungnahmen dieser Akteure fanden Ende November 2022 zwei Fachgespräche statt. Vertreten waren dort unter anderen Rheinmetall, Airbus, Thyssenkrupp, der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), die IG Metall, Amnesty International und die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP). Die komplette Liste der Teilnehmenden ist hier einsehbar.

Die Entscheidung, durch das REKG eine restriktive Exportpolitik gesetzlich festzuschreiben, war von Zivilgesellschaft und Wissenschaft begrüßt worden. Dennoch kritisierten zahlreiche Nichtregierungsorganisationen und auch wissenschaftliche Institute wie das Peace Research Institute Frankfurt (PRIF) das REKG-Eckpunktepapier als unzureichend, vor allem in Bezug auf das fehlende Verbandsklagerecht.[22][23][24] Der BDI sprach sich von Anfang an großteils gegen das REKG aus.

Der BDI wollte das REKG von Anfang an verhindern. In einem Fachgespräch mit dem BMWK und Vertretern der Rüstungsindustrie im April 2022 verkündete BDI-Lobbyistin Kerstin Petretto, vor dem Hintergrund der Zeitenwende in der europäischen Sicherheitspolitik sollte „zumindest die Aussetzung des Gesetzesvorhabens in Erwägung gezogen werden“.[25]

Im November 2022 bezog der BDI gemeinsam mit dem Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) und dem Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) Stellung zum Eckpunkteentwurf des Wirtschaftsministeriums.[26] Ein zentraler Punkt für die Verbände war dabei die Abstimmung der Kriterien für Exportentscheidungen mit europäischen Partnern. Andernfalls riskiere man eine Wettbewerbsverzerrung zulasten der deutschen Unternehmen. Dementsprechend kritisierten die Autor*innen auch den Eckpunkt, Post-Shipment-Kontrollen auszuweiten. Des Weiteren müssten Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse bei einer Ausweitung der Transparenz geschützt und Risiken für Rüstungskonzerne durch Entschädigungsansprüche minimiert werden. In Bezug auf die Stärkung des Menschenrechtskriteriums im REKG, forderten BDI, BDLI und BDSV rechtssichere Definitionen. Es müsse ein Bezug zwischen exportiertem Gut und konkreter Menschenrechtsverletzung bestehen.

In den Konsultationen zum REKG wiederholte Vertreter Matthias Wachter die BDI-Forderungen nach Entschädigungsansprüchen und befürwortete eine beschleunigte Bearbeitung von Genehmigungsanträgen.[27]

Neben dem BDI lobbyierten unter anderem folgende Konzerne und Verbände gegen das REKG und eine restriktive Rüstungsexportpolitik: Airbus, Rheinmetall, der Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) und der Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI).

Mit dem vorzeitigen Bruch der Ampel-Koalition, verkündete die Bundesregierung im Februar 2025, man werde das geplante REKG in der verkürzten Legislaturperiode nicht weiterverfolgen.[28]

2022-23 Ablehnung des Entflechtungsinstruments zur Bekämpfung von Monopolmacht

Ein Entwurf des Bundeswirtschaftsunternehmens zur Verschärfung des Kartellrechts, das die Möglichkeit einer Entflechtung von marktmächtigen Unternehmen vorsieht[29], wird vom BDI in einer Stellungnahme als „fatales Signal für De-Investitionen und De-Industrialisierung“ diffamiert.[30] Nach Auffassung von LobbyControl bedeutet die Initiative genau das Gegenteil: „Mit der Schärfung der Instrumente zur Bekämpfung von Monopolmacht bekommen Innovation und Investition künftig bessere Chancen. Denjenigen, die etwas wagen und nicht ihre Märkte abschotten, wird der Rücken gestärkt.“[31]

2020-: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten

Im Januar 2024 übte BDI-Präsident Russwurm deutlich Kritik am Lieferkettengesetz, das noch vom EU-Parlament bestätigt werden muss. Das Gesetz enthalte „komplett wirklichkeitsfremde Vorstellungen“. [32]

Im Dezember 2023 einigten sich die Europäische Kommission, das Parlament und der Ministerrat nach 2-jährigen Verhandlungen auf ein europäisches Lieferkettengesetz, das Unternehmen zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards verpflichtet. Dazu äußerte sich BDI-Hauptgeschäftsführerin Tanja Gönner: „Der politische Kompromiss im Trilog-Verfahren bedroht Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Diversifizierung der europäischen Wirtschaft. Der BDI appelliert an Parlament und Rat, den Kompromiss abzulehnen“ [33]

Bei der Debatte um unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten hatte der BDI sich auf vielfältige Weise gegen eine gesetzliche Regelung auf nationaler und europäischer Ebene eingesetzt.[34]

Deutsches Lieferkettengesetz

Positionierung:

In öffentlichen Stellungnahmen kritisierte der BDI das Gesetzesvorhaben als zu weitreichend und wirtschaftsfeindlich. Insbesondere setzte der Verband sich dafür ein, die ursprünglich vorgesehene Tragweite des Gesetzes (= Ausmaß der betroffenen Unternehmen und der Grad der Verantwortlichkeit) zu begrenzen sowie Maßnahmen wie die zivilrechtliche Haftung ganz aus dem Gesetz zu streichen.[35] Derartige Forderungen kritisierten zivilgesellschaftliche Akteure als *„irreführend“.*[36] So konstatierte Johanna Kusch von der Initiative Lieferkettengesetz, dass Unternehmen mit ihrer Argumentation den Eindruck erweckten *„dass man [sie] für Vorgänge verantwortlich machen will, auf die sie keinerlei Einfluss haben“* dies sei nach Auffassung der Initiative falsch: *„Sie sollen lediglich ihre eigenen Sorgfaltspflichten einhalten – und das ist zweifelsfrei möglich.“* Ein Lieferkettengesetz ohne Haftung sei *„wirkungslos“.*[36]

Lobbyarbeit:

Wie der Bericht „Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten“ der zivilgesellschaftlichen Organisationen Misereor, Brot für die Welt und dem Global Policy Forum zeigt, hatte der BDI *„massiven Einfluss“* auf den deutschen Gesetzgebungsprozess geübt.[37] So verschaffte sich der Verband Gehör in höchsten

Regierungskreisen: bei einer Videokonferenz mit der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel (4. November 2020) oder einem Telefonat mit dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (12.02.2021).[38] Laut dem Bericht erhielten Gesprächsanfragen zivilgesellschaftlicher Initiativen hingegen zumeist Absagen oder wurden auf niedrigeren Arbeitsebenen bearbeitet.[39] Auch die Initiative Lieferkettengesetz kritisierte, dass das Lobbybemühen des BDI maßgeblich dafür gesorgt hatte, das Niveau des deutschen Lieferkettengesetzes zu senken.[40]

Neben Lobbytreffen nutzte der Verband auch Pressemitteilungen und direkte Stellungnahmen um seinen Positionen Gehör zu verschaffen. Den Referentenentwurf kritisierte der Verband damals als *„dringend überarbeitungswürdig“*.[41] Nach Aussagen der Initiative Lieferkettengesetz mit Erfolg: Anders als zunächst von Bundesarbeitsminister Heil (SPD) und Bundesentwicklungsminister Müller (CSU) vorgesehen, galt das finale Gesetz für weniger Unternehmen und schränkte die Sorgfaltspflichten stark ein.[42]

Auch als das deutsche Gesetz bereits beschlossen war, versuchte der Verband seine Umsetzung zu verhindern. In einer gemeinsamen Pressemitteilung (September 2022) des BDI mit dem BDA, HDE und dem DIHK forderten Deutschlands größte Wirtschaftsverbände ein Belastungsmoratorium für die deutsche Wirtschaft, was auch beinhaltete, dass das Lieferkettengesetz aufgeschoben werden sollte. Dasselbe Narrativ wurde bereits während des Beginns der COVID-19 Pandemie von den Wirtschaftsverbänden verwendet. Dem Argument, die Wirtschaft könne sich ein solches Gesetz nicht leisten wurde damals von führenden Ökonomen widersprochen.[37]

Seit Verabschiedung des europäischen Lieferkettengesetzes im Mai 2024 plädiert der BDI weiterhin für die vollständige Aussetzung des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes. Bis zur Anwendung der EU-Richtlinie im Sommer 2029 sei das deutsche Gesetz ein klarer Wettbewerbsnachteil und verhindere ein ,, Level Playing Field“ auf dem europäischen Binnenmarkt.

In einer E-Mail an den ehemaligen Kanzleramtsminister Wolfgang Schmidt fordern die Geschäftsführenden von BDI und BDA (Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände) darüber hinaus eine , grundsätzlich’ stärkere Einbindung der Verbände in die Ausgestaltung ‚bürokratiearmer’ und , praxistauglicher’ Anwendungen. Die Bundesregierung halten sie an, eine ,,Positivliste“ für Staaten mit bereits bestehenden hohen Menschenrechts- und Umweltstandards auszuweisen.[43][44][45]

Europäisches Lieferkettengesetz

Auch beim europäischen Lieferkettengesetz, das ambitioniertere Maßnahmen als sein deutsches Pendant geplant hatte, signalisierte der BDI Widerstand. In einer Pressemitteilung vom 15.12.2021 kritisierte der Verband insbesondere den Gesetzesaufschlag vom europäischen Parlament als viel zu weitreichend.[46] Noch im Juli 2020 hatte der Seitenwechsler und BDI-Geschäftsführer Joachim Lang das deutsche Gesetz als *„nationalen Sonderweg“* kritisiert und darauf verwiesen, dass es daher eine europäische Lösung bräuchte. Unveröffentlichte Lobbybriefe, die Misereor und Global Policy Forum vorliegen, sollen zeigen, dass das Argument schon damals nur ein Vorwand gewesen sei, um ein deutsches Gesetz zu verhindern.[39]

Dies deckt sich mit der Antwort des Verbands beim Konsultationsverfahren der EU-Kommission zu der Frage, ob ein europäisches Gesetz überhaupt notwendig sei. Laut dem BDI bestand damals kein Handlungsbedarf, seine Antwort lautete: *„no action necessary“* .[39] Das Gesetzesvorhaben wurde dennoch weiter verfolgt. Einem Bericht von Corporate Europe Observatory zufolge, setzte sich der BDI im weiteren

Gesetzgebungsverfahren mithilfe seines europäischen Dachverbandes BusinessEurope bei einem Meeting mit dem EU-Kommissar Breton für eine Begrenzung der Sorgfaltspflichten ein. Der Bericht zeigt auch, dass Europäische Dachverbände wie BusinessEurope gezielt Lobbyarbeit beim Ausschuss für Regulierungskontrolle (AfR) betrieben hatten. Sowohl die Positionen des EU-Komissars Thierry Breton und die des AfR stehen dem Bericht zufolge denen der Wirtschaft nahe und boten somit bessere Einflussmöglichkeiten als andere Kanäle.[47]

Seit Inkrafttreten des europäischen Lieferkettengesetzes 2024 positionierte sich der BDI in öffentlichen Positionspapieren immer wieder für dessen Verwässerung.[48]Die Investigativplattform Correctiv bezeichnete das Vorgehen deutscher Wirtschaftlobbyverbände als ,,koordinierte Kampagne“, mit dem Ziel das europäische Lieferkettengesetz zu entkernen. In einem gemeinsamen Schreiben forderten BDI und BDA , dass das europäische Lieferkettengesetz nur noch für Unternehmen ab 5000 Mitarbeitern gelten solle. Die zivilrechtliche Haftung solle vollständig gestrichen werden. Ohne eine solche Klausel hätten Betroffene kaum Möglichkeiten ihre Ansprüche zur Einhaltung von Umwelt- und Menschenrechtsstandards einzuklagen.[49] Im November 2025 stimmte das EU-Parlament schließlich für die Abschwächung des europäischen Lieferkettengesetz. Der Vorschlag der EU-Kommission konnte durch Zustimmung des gesamten rechten , Blocks’ im EU-Parlament, einschließlich der deutschen AfD, verabschiedet werden. Erstmals in der Geschichte der EU waren damit auch Kräfte der extremen Rechten an sog. Trilog-Verhandlungen der EU-Institutionen beteiligt.[50] Die neuen Regelungen des europäischen Lieferkettengesetzes gelten von nun an nur noch für Großunternehmen mit mehr als 5000 Mitarbeitenden und einem Jahresumsatz von mindestens 1,5 Milliarden Euro. Ursprünglich war eine Grenze von 1000 Mitarbeitenden und einer Umsatzgrenze von 450 Millionen Euro geplant.

Von einer Kontrolle entlang der gesamten Lieferkette wird abgesehen.[51] Zudem wurde die ursprünglich harmonisierte zivilrechtliche Haftungsgrundlage abgeschafft und die Haftungsfrage erneut weitgehend nationalem Recht überlassen.[52] Im April 2025 hatte das Parlament bereits im Eilverfahren für die von der EU-Kommission vorgeschlagene Verschiebung des Lieferkettengesetzes um ein Jahr gestimmt. Zudem enthielt der damalige Entschluss eine Ausnahme von 80 Prozent der Unternehmen in der EU aus der Nachhaltigkeitsberichterstattung.

Um Europa ,,wettbewerbsfähiger“ zu machen, initiierte die EU-Kommission mehrere sog. ‚Omnibus-Pakete’. Ziel sei es, ,,die Bürokratie“ für Unternehmen um insgesamt rund ein Viertel zu senken. Meldepflichten für kleine und mittlere Unternehmen sollen um 35 Prozent zurückgehen. Bisherige ‚Omnibus-Pakete’ beinhalteten vereinfachte Umweltanforderungen und -kontrollen sowie leichter verfügbare Förderungen für Landwirte. Für kleinere Unternehmen wurden die Ausnahmeregelungen ausgeweitet.[53][54]

In einer Pressemitteilung zur Omnibus-Abstimmung im EU-Parlament begrüßte der BDI das Ergebnis der Verhandlungen. Der Verband konnte darin aber nur ein ,,Erstes Signal zum Abbau von Regulierungen“ und zur Verbesserung der europäische Wettbewerbsfähigkeit erkennen. Zwar bekundete der Verband sein Bedauern darüber, dass keine Mehrheit unter den ,,pro-europäischen Parteien der Mitte“ gefunden werden konnte, dennoch müssten die bestehenden Lieferkettenrichtlinien, sowie die Nachhaltikgeitsberichterstattung weiter vereinfacht werden, damit sich ,,bürokratische Belastungen“ nachhaltig minimierten.[55]

2020: Corona-Pandemie als Vorwand

Die Lobbyisten vieler Industriezweige verpacken alte Forderungen neu oder nutzen die Corona-Krise, um bereits getroffene Vereinbarungen infrage zu stellen, obwohl es in vielen Fällen keinen Zusammenhang mit dem Gesundheitsnotstand gibt. Darüber berichtet Corporate Europe Observatory:

In einem Schreiben an die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) hat der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) gefordert, die Einführung einer Datenbank für gefährliche Chemikalien wegen der Corona-Krise zu verschieben. Die Datenbank soll mehr Transparenz für Verbraucher und Hersteller schaffen. Außerdem will der BDI das Verbot von Perfluoroctansäure (PFOA), einer extrem persistenten Chemikalie, aufschieben. Studien haben PFOA mit einigen Krebsarten in Verbindung gebracht, zum Beispiel mit Nieren- und Hodenkrebs. Dieses Verbot soll im Juli 2020 in Kraft treten. Das Verbot ist bereits seit fünf Jahren in Vorbereitung.[56]

2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer

Der BDI, zusammen mit weiteren führenden Wirtschaftsverbände Deutschlands, hat die europäischen Finanzminister in einer gemeinsamen Pressemitteilung aufgefordert, das Projekt zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer aufzugeben.[57]

2015: Falsche Darstellung von TTIP-Studien

Der BDI hat fehlerhafte Angaben auf seiner Homepage und in mehreren Publikationen zu TTIP zugegeben. Konkret hieß es auf der Homepage des BDI laut Spiegel online, „dass EU und USA jeweils mit rund 100 Mrd. Euro Wirtschaftswachstum pro Jahr rechnen können"[58], dabei ging die CEPR-Untersuchung von einem Anstieg des europäischen BIP um ca. 0,5 Prozent in einem Zeitraum von 10 Jahren aus.

2011: BDI erhält Steuergelder

Der BDI und seine Mitgliedsverbände haben in den Jahren 2010 und 2011 insgesamt 17 Mal Fördermittel des Bundes in Höhe von insgesamt 4,3 Millionen Euro erhalten. Die Angaben stammen laut “Kölner Stadt-Anzeiger” (Samstagausgabe) aus einer Antwort des Staatssekretärs im Bundeswirtschaftsministerium, Stefan Kapferer, auf eine Anfrage des FDP-Bundestagsabgeordneten Heinz-Peter Haustein.[59]

2011: Das Atommoratorium, Brüderle und Schnappauf

Der damalige Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) nahm am 14. März 2011 an einer Sitzung des BDI teil. Über solch ein Treffen wird Protokoll geführt. Die Süddeutsche Zeitung gelangte an das Sitzungsprotokoll und veröffentlichte die Äußerung Brüderles, wonach er die vorübergehende Abschaltung älterer Atomkraftwerke mit dem Wahlkampf in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz begründet hat.[60] Die Sätze fielen an dem Tag, an dem Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) das Atommoratorium verkündete. Der Hauptgeschäftsführer des BDI, Werner Schnappauf, ist daraufhin zurückgetreten. Oppositionspolitiker Trittin meinte dazu: "Nun opfert der BDI für seinen Kumpel Rainer Brüderle den Hauptgeschäftsführer."[61]

2006: Röttgen als Abgeordneter und BDI-Cheflobbyist

Lobbyisten in Ministerien

- Überblick A-Z

- Problembeschreibung

Der ehemalige Bundesumweltminister Norbert Röttgen ließ sich im Mai 2006 für das BDI-Amt des Hauptgeschäftsführers, des Cheflobbyisten der deutschen Industrie, nominieren. Bundestagsabgeordneter wollte er parallel dazu bleiben. In einem Schreiben an die CDU-Mitglieder seines Wahlkreises Rhein-Sieg kündigte er an, er werde sein Mandat "selbstverständlich bis zum Ende dieser Wahlperiode weiterführen". Nach heftiger Kritik an seiner geplanten Doppelfunktion, auch aus den Reihen des Industrieverbandes, hatte Röttgen auf den BDI-Posten verzichtet.[62]

Lobbyisten in Ministerien

Der BDI hatte je einen "externen Mitarbeiter" im Außen- und Wirtschaftsministerium, wobei der Lobbyist im Außenministerium offiziell noch bis zum 30.09.2011 bei der Außenwirtschaftsförderung mitarbeitet. Seit September 2010 ist im Rahmen eines Austauschprogrammes ein Referent des BDI im Entwicklungsministerium tätig.

Lobbyisten im Auswärtigen Amt

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer zwischen 2002 und Oktober 2006[63]
Mitarbeiter	k.A.
Bearbeitete Themen	k.A.
Zeitraum	Mindestens von 2003 bis April 2008[64]
Mitarbeiter	Bis 2004 von der Bayer AG; 2004 bis 2006 Siemens AG; Ab 2007 VW AG.
Bearbeitete Themen	Je ein/e IndustriereferentIn an der deutschen Botschaft in Peking.
Zeitraum	Mindestens von 2003 bis April 2008[65]
Mitarbeiter	Bis 2005 Deutschen Telekom AG; 2005 bis 2006 Deutsche Bank AG; Ab 2007 Lufthansa AG.
Bearbeitete Themen	Je ein/e IndustriereferentIn an der deutschen Botschaft in Tokio.
Zeitraum	01.10.2009 bis 30.09.2011[66]
Mitarbeiter	Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im BDI
Bearbeitete Themen	Referat 402 (Instrumente der Außenwirtschaftsförderung, Verbände, Kammern, Bundesagentur für Außenwirtschaft, Messen), Investitionsgarantien, Außenwirtschaftsförderung, Öffentlichkeitsarbeit
Zeitraum	01.10.2011 bis 30.09.2013[67][68]
Mitarbeiter	Referent in der Abteilung Umwelt und Technik im BDI
Bearbeitete Themen	Investitionsgarantien, Organisation von Projekten der Außenwirtschaftsförderung und der strukturellen Verbesserung der Zusammenarbeit mit Wirtschaftsverbänden

Im Zuge eines Austauschprogrammes waren Beamte des Auswärtigen Amtes beim BDI beschäftigt.

Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Zeitraum	01.01.2008 – 31.03.2008[69]
Mitarbeiter	Mitarbeiter/in im Bereich Nationales Vergaberecht

Bearbeitete Themen	Einsatz im Bereich Wettbewerbs-, Regulierungs- und Privatisierungspolitik, Tätigkeit im Bereich Wettbewerbsrecht

Lobbyisten im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Zeitraum	15.09.2010 - 14.09.2012[70][68]
Mitarbeiter	Teilnehmer des Austauschprogramms zwischen BMZ und BDI (s.u.)
Bearbeitete Themen	Einsatz im Referat 414 (OECD/DAC, G7/G8/G20; Zusammenarbeit mit anderen Gebern; ODA-Statistik) Mitarbeit im Bereich „G8/G20 und andere Geber“, Unterstützung bei Erstellung von BMZ-Positionen[71] Auf eine kleine Anfrage der Linken wurde letzteres abgeschwächt auf "Er unterstützt [...] vorwiegend dabei, die Erstellung des diesjährigen G8 Accountability-Berichts innerhalb des BMZ zu koordinieren und die Sitzungen der G20 Arbeitsgruppe Entwicklung vorzubereiten[70]
Zeitraum	April 2011 - voraussichtlich März 2013[72]
Mitarbeiter	Ein sogenannter Austauschreferent vom BDI
Bearbeitete Themen	Der Mitarbeiter des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) Ralf Retter ist laut einer Veranstaltungsankündigung vom April 2011 als BMZ-Referent für die Vorbereitung von G-8-, G-20- und Sherpa-Treffen verantwortlich. Bei drei Sitzungen der G-8-Arbeitsgruppe Rechenschaftslegung vertrat der BDI-Mitarbeiter sogar eigenständig einen Referatsleiter des BMZ. Beim Ministerium heißt es, der BDI-Mitarbeiter treffe "keine eigenständigen Entscheidungen" und unterstütze "lediglich die Arbeit der Fachreferenten des BMZ".

Bundesbeamte beim BDI

Ein Mitarbeiter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wurde mindestens für den Zeitraum von Juni 2006 bis Oktober 2007[73], und von September 2010 bis September 2012 dem BDI zugewiesen.[74]

Seitenwechsel

David Kristen, Büroleiter von Michael Müller, SPD (MdB, ehem. Regierender Bürgermeister von Berlin) wird Referent für Strategische Planung und Koordination beim BDI.[75]

Markus Kerber

- 2009 - 2011: Abteilungsleiter für finanzpolitische und volkswirtschaftliche Grundsatzfragen im deutschen Bundesministerium für Finanzen.
- 2011 - März 2017: Hauptgeschäftsführer des BDI
- 2018 - 2021: Staatssekretär im Bundesinnenministerium
- 2022 - : ‚Strategischer Berater' der CDU[76]
- 2023 - : Aufsichtsrat der Duerr AG[77]

Organisationsstruktur und Personal

Das Präsidium

Das Präsidium besteht aus dem Präsidenten, seinem gewählten Nachfolger, seinem unmittelbaren Vorgänger sowie 7 weiteren Stellvertretern und der Schatzmeisterin (Vizepräsidenten), ferner 15 vom Vorstand zu wählenden Mitgliedern. Weitere Mitglieder kraft Amtes sind der Vorsitzende des Förderkreises der Deutschen Industrie e.V., der Präsident des Instituts der deutschen Wirtschaft und der Vorsitzende des BDI-Mittelstandsausschusses. Das Präsidium kann bis zu 25 weitere hervorragende Persönlichkeiten der Industrie als Präsidiumsmitglieder hinzuwählen, ferner sind durch die Satzung gegenseitige Vertreter im Präsidium des BDI und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) vorgesehen. Das Präsidium kann auf Vorschlag des Präsidenten die BDI-Hauptgeschäftsführerin für die Dauer ihrer Tätigkeit hinzuwählen. Ständige Gäste im Präsidium sind die Präsidenten/Vorsitzenden der BDI-Landesvertretungen, die kooptierten Vorstandsmitglieder des Förderkreises der Deutschen Industrie, die BDI-Rechnungsprüfer, die Vorsitzenden der BDI-nahen Initiativen econsense – Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft, Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb (FIW) und German Health Alliance (GHA), der Präsident und der Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK), der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft sowie die Vorsitzenden der folgenden BDI-Regionalinitiativen: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA), Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (APA), Subsahara Afrika Initiative der Deutschen Wirtschaft (SAFRI), Lateinamerika-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (LADW) und Nordafrika Mittelost Initiative der Deutschen Wirtschaft (NMI).

Der Vorstand

Der Vorstand besteht aus dem Präsidenten, den Vizepräsidenten sowie den Vorsitzenden der Mitgliedsverbände bzw. einem beauftragten Vorstandsmitglied ihres Verbandes.

Die Hauptgeschäftsführung

Der Hauptgeschäftsführer ist der Chef-Lobbyist des Verbandes.

Funktion	Name	
Hauptgeschäftsführerin	Tanja Gönner (CDU)	Vorstandsmitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2012-2022 Vorstandssprecherin der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), davor Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Baden-Württemberg
Stellv. Hausptgeschäftsführer	Holger Lösch	

Quelle: [78] (Stand: 09/2026)

Mitgliedsverbände

Mitglieder im BDI sind Wirtschaftsverbände, die Spitzenvertretung einer gesamten Industriebranche oder industrienahen Dienstleistungsgruppe für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland sind. Der BDI vertritt derzeit 39 Branchenverbände, inklusive einer Arbeitsgemeinschaft bestehend aus 6 Verbänden, die sich die Mitgliedschaft teilen. Über Aufnahmeanträge entscheidet der Vorstand. Eine unmittelbare Mitgliedschaft von Unternehmen ist nicht möglich. Diese können jedoch die Mitgliedschaft im Förderkreis der Deutschen Industrie e.V. beantragen.[79]

Landesvertretungen

- UBW Unternehmer Baden-Württembert
- Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw)
- Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg (UVB)
- Die Unternehmensverbände im Lande Bremen
- ivh - INDUSTRIEVERBAND HAMBURG
- Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU)
- Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern (VUMV)
- Unternehmerverbände Niedersachsen (UVN)
- Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen (unternehmer nrw)
- Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz (LVU)
- Vereinigung der Saarländischen Unternehmensverbände (VSU)
- Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft (VSW)
- Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände Sachsen-Anhalt (AWSA)
- UV Nord - Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein
- Verband der Wirtschaft Thüringens (VWT)

Quelle:[80]

Geschichte

Der BDI wurde am 19. Oktober 1949 als »Ausschuss für Wirtschaftsfragen der industriellen Verbände « gegründet, eine Woche nach der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Vorbild war der » Reichsverband der deutschen Industrie«, der von 1919 bis 1933 existiert hatte. Ende Januar 1950 erfolgte die Umbenennung in »Bundesverband der Deutschen Industrie«.[81] Es gab schon mehrfach Bestrebungen, den Verband mit der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) zu vereinigen, die aber trotz der großen räumlichen sowie ideologischen Nähe bislang immer scheiterten.[82] In einem internen Strategiepapier aus dem Jahr 2015, das das "Manager Magazin" auszugsweise zitierte, hieß es dazu, dass die getrennte Aufstellung der zwei Spitzenverbände BDA und BDI "nicht mehr zukunftsfähig" sei und den Anforderungen an Lobbying auf EU-Ebene nicht genüge, da sie in den europäischen Institutionen niemand verstünde.[83]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter | Bluesky | Facebook | Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Einnahmen-Ausgaben-Rechnung 2021, lobbyregister.de, abgerufen am 08.11.2022
2. ↑ lobbycontrol.de abgerufen am 23.09.2026
3. ↑ BDI-Webseite abgerufen am 19.07.2011
4. ↑ Haacke, Eva(2006): Wirtschaftsverbände als klassische Lobbyisten - auf neuen Pfaden, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf(Hrsg.): Die fünfte Gewalt - Lobbyismus in Deutschland - Bonn, S. 173f
5. ↑ Haacke, Eva(2006): Wirtschaftsverbände als klassische Lobbyisten - auf neuen Pfaden, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf(Hrsg.): Die fünfte Gewalt - Lobbyismus in Deutschland - Bonn, S. 175
6. ↑ industrie-foerderkreis.de abgerufen am 23.09.2026
7. ↑ Förderkreis der Deutschen Industrie, industrie-foerderkreis.de, abgerufen am 02.03.2023
8. ↑ Umgeht der BDI mit seinem Förderkreis dass Lobbyregister?, businessinsider.de vom 05.04.2022, abgerufen am 02.03.2023
9. ↑ Umgeht der BDI mit seinem Förderkreis dass Lobbyregister?, businessinsider.de vom 05.04.2022, abgerufen am 02.03.2023
10. ↑ industrie-foerderkreis abgerufen am 23.09.2026
11. ↑ Industrie-Förderung Gesellschaft abgerufen am 23.09.2026
12. ↑ lobbyregister.bundestag abgerufen am 23.09.2026
13. ↑ fiwonline.de abgerufen am 23.09.2026
14. ↑ fiw Satzung abgerufen am 23.09.2026
15. ↑ lobbyregister IFG abgerufen am 23.09.2026
16. ↑ [<nowiki>https://www.ifg-online.com/de ifg1] abgerufen am 23.09.2026
17. ↑ lobbyregister IFG1 abgerufen am 23.09.2026
18. ↑ bdi.eu finanzrahmen abgerufen am 30.09.2026
19. ↑ bdi.eu PPP abgerufen am 30.09.2026
20. ↑ Erarbeitung eines Rüstungsexportkontrollgesetzes, www.bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 10.04.2026
21. ↑ "Regelung der Rüstungsexporte: Gesetz mit Schlupflöchern", taz.de, abgerufen am 20.04.2026
22. ↑ Stellungnahme Greenpeace zum REKG, bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 22.04.2026
23. ↑ Pressemitteilung Terre des Hommes, tdh.de, abgerufen am 22.04.2026
24. ↑ PRIF Blog: Der Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP zur Außen- und Sicherheitspolitik , blog.prif.org, abgerufen am 20.04.2026
25. ↑ Fachgespräch am 06.04.2022, www.bundeswirtschaftministerium.de, abgerufen am 20.04.2026
26. ↑ Stellungnahme von BDI, BDSV, BDLI, bdi.eu, abgerufen am 10.04.2026
27. ↑ Konsultation zum REKG am 29.11.2022, bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 20.04.2026
28. ↑ Rüstungsexportkontrollgesetz wird nicht weiter verfolgt, bundestag.de, abgerufen am 10.04.2026
29. ↑ Bundeswirtschaftsministerium legt Entwurf zur Verschärfung des Wettbewerbsrechts vor, bmwk.de vom 20.09.2022, abgerufen am 12.01.2023

30. ↑ Referentenentwurf für ein Wettbewerbsdurchsetzungsgesetz, bdi.eu vom 12.10.2022, abgerufen am 12.01.2023
31. ↑ Kartellrecht. BDI verteidigt Monopolinteressen und übergeht den Mittelstand, lobbycontrol.de vom 06.12.2022, abgerufen am 12.01.2023
32. ↑ bdi-besorgt-ueber-wirtschaftflaute, zeit.de, dpa-Meldung vom 16.01.2024, abgerufen am 17.01.2024
33. ↑ eu-lieferkettenkompromiss-bedroht-europaeische-wirtschaft, bdi.eu/presse vom 14.12.2023, abgerufen am 17.01.2024
34. ↑ Beim Lieferkettengesetz, geht es darum Unternehmen zu verpflichten entlang ihrer Wertschöpfungskette Maßnahmen zu ergreifen die Einhaltung von Umweltschutzstandards und Menschenrechten zu wahren
35. ↑ Gemeinsame Pressemitteilung von BDI, BDA und DIHK anlässlich der Diskussion um ein nationales Lieferkettengesetz bdi.eu vom 03.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
36. ↑ [36,036,1] Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung – Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos lieferkettengesetz.de vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
37. ↑ [37,037,1] Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
38. ↑ Drucksache 19/28193 S. 52, dserver.bundestag.de, abgerufen am 07.11.2022
39. ↑ [39,039,139,2] Armin Paasch & Karolin Seitz: Deutsche Wirtschaftslobby gegen wirksames EU-Lieferkettengesetz, Global Policy Forum & Miseroeor, February 2022. globalpolicy.org, abgerufen am 07.11.2022
40. ↑ Wirtschaftslobby kämpft gegen wirksames europäisches Lieferkettengesetz lieferkettengesetz.de vom 21.06.2021, abgerufen am 07.11.2022
41. ↑ Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten bdi.eu vom 28.02.2021, abgerufen am 07.11.2022
42. ↑ “Noch nicht am Ziel, aber endlich am Start” – Kommentar zum Beschluss des Lieferkettengesetzes vom 11.06.2021, abgerufen am 07.11.2022
43. ↑ lobbyregister stellungnahme abgerufen am 30.09.2026
44. ↑ bdi referentenentwurf abgerufen am 30.09.2026
45. ↑ bdi pressemitteilung abgerufen am 30.09.2026
46. ↑ Auf dem Weg zu einem europäischen Lieferkettengesetzbdi.eu vom 15.12.2021. abgerufen am 07.11.2022
47. ↑ Inside Job corporateeurope.org vom 08.06.2022, abgerufen am 07.11.2022
48. ↑ bdi.eu lieferketten abgerufen am 30.09.2026
49. ↑ correctiv green deal abgerufen am 30.09.2026
50. ↑ tagesschau eu lieferketten abgerufen am 30.09.2026
51. ↑ derstandard.at eu-lieferketten abgerufen am 30.09.2026
52. ↑ [1] abgerufen am 30.09.2026
53. ↑ derstandart. at eu-lieferketten1 abgerufen am 30.09.2026
54. ↑ consilium.europa.eu abgerufen am 30.09.2026
55. ↑ bdi.eu omnibus abgerufen am 30.09.2026
56. ↑ 25 March: Less transparency on chemicals linked to cancer corporateeurope.org, Corona Lobby Watch vom 01.05.2020, abgerufen am 18.03.2023
57. ↑ Verbände: Finanztransaktionssteuer stoppen! Pressemitteilung der DIHK vom 08.12.2015, abgerufen am 18.12.2015
58. ↑ Freihandelsabkommen: Industrieverband räumt falsche Angaben über TTIP ein, Spiegel Online, abgerufen am 13.04.2015

59. ↑ BDI erhält Millionen Fördermittel des Bundes euronews.net vom 16.07.2011, abgerufen am 20.07.2011
60. ↑ "...und die Entscheidungen daher nicht immer rational" sueddeutsche.de vom 24.03.2011, abgerufen am 19.07.2011
61. ↑ Bauernopfer für Brüderle taz vom 26.03.2011, abgerufen am 19.07.2011
62. ↑ Röttgen soll Fraktionsgeschäftsführer bleiben Spiegel-Online vom 22.07.2006, abgerufen am 20.07.2011
63. ↑ Antwort der Bundesregierung (pdf) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' – Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien"
64. ↑ Antwort der Bundesregierung (pdf) auf schriftliche Fragen (Nr. 1, 8, 11, 28) von Gesine Lötzsch (Die LINKE) zum Einsatz externer Mitarbeiter in Bundesbehörden aus der Woche vom 19. Mai 2008. Letzter Zugriff: 07.10.2011
65. ↑ Antwort der Bundesregierung (pdf) auf schriftliche Fragen (Nr. 1, 8, 11, 28) von Gesine Lötzsch (Die LINKE) zum Einsatz externer Mitarbeiter in Bundesbehörden aus der Woche vom 19. Mai 2008. Letzter Zugriff: 07.10.2011
66. ↑ Bundesministerium des Innern: Vierter Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Juli 2009 – 31. Dezember 2009, Stand 31.03.2010
67. ↑ Achter Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Juli 2011 – 31. Dezember 2011 Bundesministerium des Inneren, Stand 15.03.2012
68. ↑ [68,068,1] Neunter Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Januar 2012 – 31. Juni 2012 Bundesministerium des Inneren, Stand 15.03.2012
69. ↑ Bundesministerium des Innern: Erster Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung (pdf), Berichtszeitraum 01. Januar 2008 – 31. August 2008, Stand 29.09.2008, letzter Zugriff 09.09.2011
70. ↑ [70,070,1] Antwort der Bundesregierung (pdf) auf kleine Anfrage der Linke-Fraktion zum Einsatz externer Mitarbeiter und Berater vom 10.06.2011, letzter Zugriff 28.09.2011
71. ↑ Bundesministerium des Inneren: Sechster Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtzeitraum 01.07.2010- 31.12.2010, Stand: 21.03.2011
72. ↑ [2] BDI-Lobbyist vertritt Regierung auf G-8-Planungstreffen. Letzter Zugriff: 25.04.2012
73. ↑ Antwort der Bundesregierung (pdf) auf kleine Anfrage der Grünen-Fraktion zu "Mitarbeit von Beschäftigten von Verbänden und Wirtschaftsunternehmen in Bundesministerien und in nachgeordneten Bundesbehörden" vom 04.12.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
74. ↑ Antwort der Bundesregierung (pdf) auf kleine Anfrage der Linke-Fraktion zum Einsatz externer Mitarbeiter und Berater vom 10.06.2011, letzter Zugriff 28.09.2011
75. ↑ Kristenbdi.eu, abgerufen am 23.05.2025
76. ↑ bdi.eu hauptsgeschäftsführer abgerufen am 30.09.2026
77. ↑ duerr ag abgerufen am 30.09.2026
78. ↑ Hauptgeschäftsführung, bdi.eu, abgerufen am 27.02.2023
79. ↑ [3], bdi.eu, abgerufen am 12.08.2026
80. ↑ [4] abgerufen am 12.08.2026
81. ↑ BDI-Webseite 60 Jahre BDI abgerufen am 20.07.2011
82. ↑ Fusion der Spitzenverbände: BDI und BDA Angst vor der eigenen Courage, Der Tagesspiegel, 28. August 2016, zuletzt aufgerufen am 28.8.2016
83. ↑ "Nicht zukunftsfähig". BDI - Eine Fusion mit der BDA scheitert, Geschäftsführer Kerber ist auf dem Absprung.", Manager Magazin, Ausgabe vom September 2016, Seite 8